

18. VII. 1918

18/
112
227

Eingemeindung oder Gesamtgemeinde?

Der rege Anteil, den die Bürgerschaft namentlich in den Vororten Groß-Berlins jetzt an allen öffentlichen Fragen nimmt, drückte sich auch in dem starken Besuch einer öffentlichen Bürgerversammlung aus, die Dienstag abend im Festsaal des Friedenauer Rathauses von der Friedenauer Ortsgruppe der Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Lettow veranstaltet wurde und in der die Groß-Berliner Frage zur Erörterung kam. Als das Ergebnis des Abends ist zu verzeichnen, daß sich jetzt die Meinungen des Bürgerausschusses Groß-Berlin und der B. V. O. bis auf einen Punkt genähert haben, so daß beide Vereinigungen im wesentlichen an demselben Stränge ziehen.

An Stelle des verhinderten Oberbürgermeisters Dominicus legte Stadtrat Lohmeyer (Schöneberg) im Anschluß an die am 28. November im Ministerium des Innern abgehaltene Groß-Berliner Besprechung den Stand der Dinge dar. Er kam zu dem Ergebnis, daß eine glatte und reiflose Eingemeindung der Vororte in Berlin nicht zu befürworten sei, sondern daß eine Gesamtgemeinde Groß-Berlin den Vorzug verdiene, die dem Grundsatze der Dezentralisation Rechnung trägt und den einzelnen Gemeinden die örtlichen Befugnisse weiter überläßt. Der Gesamtgemeinde müsse aber das Recht gegeben werden, ihre Zuständigkeit zu bestimmen und nötigenfalls zu erweitern. Bis auf diesen Punkt der „Kompetenz-Kompetenz“ stimmte Bürgermeister Walger als Vorsitzender der B. V. O. den neuen Leitfäden des Bürgerausschusses zu. Vor der Uebertragung des Zuständigkeitsrechts an Berlin oder die Gesamtgemeinde Groß-Berlin warnte er dagegen mit großer Entschiedenheit. Werde dieses Recht dem neuen Groß-Berlin übertragen, so bedeute das das Ende jeder Selbstverwaltung in den Einzelgemeinden überhaupt; dann sei von vornherein die glatte Eingemeindung vorzuziehen. Die Selbstverwaltung der örtlichen Gemeinden sei aber zum Besten der Erhaltung des Bürgerfinns dringend erforderlich. Im übrigen sprach sich Bürgermeister Walger ebenso wie Stadtrat Lohmeyer für die Schaffung einiger Großgemeinden um Berlin aus, zu denen die kleineren Gemeinden zusammengelegt werden könnten. Bezüglich des Schicksals Friedenau führte der Redner aus, daß es sich empfehle, zunächst diese Neubildung von Großgemeinden oder Bezirken in Groß-Berlin

abzuwarten und dann darüber zu entscheiden, an welchen Bezirk sich Friedenau anschließen solle.

Schloss Jochem-Steglich hielt es bezüglich des Zuständigkeitsrechts für besser, wenn diese Befugnis den unterrichteten Persönlichkeiten Groß-Berlins und nicht dem ununterrichteten preussischen Landtage übertragen werde; er sprach sich im übrigen für die Leitfäden des Bürgerausschusses Groß-Berlin aus. Ein Gemeindevertreter aus Lichterfelde warnte angesichts der unsicheren Verhältnisse, sich jetzt in Theorien zu verlieren. Auf jeden Fall: Wir Lichterfelder danken für die Eingemeindung nach Berlin! (Beifall.)

In seinem Schlußwort betonte Stadtrat Lohmeyer, daß Berlin in dem künftigen Groß-Berlin durchaus nicht die Mehrheit haben würde. Von der Annahme einer Entschliebung, wie sie der Bürgerausschuß vorgeschlagen hatte, wurde Abstand genommen. Die Bürgerschaft soll sich über die Frage noch näher unterrichten und in einer späteren Versammlung entscheiden.